

Joachim Rohloff

Rede zum Roten 1. Mai in Siegen 1998

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sagt man am 1. Mai so nett, und Johannes Rau wird vorhin die Teilnehmer der DGB-Kundgebung auch wieder so angeredet haben., obwohl er deren Kollege bestimmt nicht ist. Was er sonst noch gesagt hat, weiß ich nicht, ich weiß aber, was er vor einem Jahr am 1. Mai in Wuppertal sagte.

Nun wohne ich gar nicht in Nordrhein-Westfalen, aber trotzdem ist mir der Mann schon so oft auf die Nerven gefallen, dass ich ihn vielleicht ausnahmsweise einmal kritisieren darf. Unser größtes Problem sagte er vor einem Jahr, sei – und wer hätte das gedacht? – die Arbeitslosigkeit. Schuld daran sei erstens die Bundesregierung und zweitens die Ideologie vom Shareholder-Value und der Turbokapitalismus. Man kann von einem Sozialdemokraten nicht erwarten, dass er einen Begriff vom Kapitalismus hätte. Die SPD hatte vor hundert Jahren einen Begriff vom Kapitalismus, dann hat sie sich der Nation angeschlossen und dann dem demokratischen Staat. Dass die Nation für'n Arsch ist und der demokratische Staat nicht der demokratische, sondern der bürgerliche Staat ganz einfach deshalb, weil er den Kapitalbesitzern das Recht garantiert, sich fremde Arbeit anzueignen, wird man einem Sozialdemokraten nicht klarmachen können. Im Falle Johannes Raus lohnte es sich auch kaum noch – so kurz vor der Rente.

Er empörte sich über manche große Industriekonzerne, deren Management auf der Bilanzpressekonferenz verkündet :

1. Wir haben das beste Geschäftsjahr in unserer Geschichte
2. Wir können die Dividende noch einmal erhöhen
3. Im laufenden Jahr bauen wir 6.000 Arbeitsplätze ab.

Das findet Johannes Rau unsozial. Dafür hat er kein Verständnis. Ich kann ihm das erklären: Es ist nicht der Shareholder-Value, sondern die Konkurrenz. Wenn man mit geringem Einsatz an menschlicher Arbeitskraft dank technischer Fortschritte genausoviel wie bisher oder noch mehr produzieren kann, dann muss man das auch tun. Denn die anderen tun es allemal, und man könnte sich in der Lage finden, im nächsten Jahr keine Dividende mehr zahlen zu können und im übernächsten Jahr nicht nur 6.000, sondern alle Arbeiter entlassen zu müssen. Sich darüber moralisch zu entrüsten, ist billig und es kommt zumal auf gewerkschaftlichen Versammlungen gut an. Wer dieses einfache Prinzip nicht verstehen will, weil er sich sonst fragen müsste, ob es eigentlich vernünftig ist oder doch besser abgeschafft gehörte, wer am Ende glaubt, die Konkurrenz sei der Motor des Fortschritts, dem bleibt nicht viel mehr als moralische Empörung und er macht auf die Dauer nicht den Eindruck besonderen Durchblicks. Früher oder später wird es sich, um seinen Wählern die Misere zu erklären, irgendwelche Buhmänner suchen.

Johannes Rau hat sie schon gefunden: Es sind eben jene Ideologen des Shareholder-Values. „Liebe Kolleginnen und Kollegen“, sagte er in Wuppertal, „das ist nicht Kapitalismus, das ist Turbokapitalismus. Das hat nichts mehr zu tun mit der sozialen Marktwirtschaft, von der diese Herren ständig reden, wenn irgendwo zu reden ist. Ich kenne Unternehmer, kleine und mittelständische, die rackern sich ab. Ich kenne kleine und mittelständische Unternehmer, die mit viel Phantasie und Einsatz noch

einen Arbeitsplatz, noch einen Arbeitsplatz schaffen. Und so haben wir in den letzten Jahren zu festzustellen: Nur die kleinen und mittleren Unternehmen haben Arbeitsplätze geschaffen.“

Dieses Gerede erinnert auf fatale Weise an die alte Schmonzette vom schaffenden und vom raffenden Kapital: Einerseits der mittelständische Unternehmer, neuerdings auch unternehmender Unternehmer genannt, der schwäbisch oder kölsch spricht und Arbeitsplätze schafft – andererseits der Manager eines womöglich internationalen Konzerns, der englisch spricht und Dividende rafft. Nun wäre es zwar albern, Johannes Rau eine Affinität zum Faschismus zu unterstellen, das Beispiel zeigt jedoch, dass der Kapitalismus im noch immer erfolgreichen Bemühen, seine eigenen Geschäftsgrundlagen zu verheimlichen, selbst unsere Besten manchmal ziemlich unbedarft aussehen lässt.

There is only thing worse than being exploited, sagte Oscar Wilde der Jüngere einmal, and that is not being exploited. Nur eines ist schlimmer als ausgebeutet zu werden, und das ist, nicht ausgebeutet zu werden. Seit dem Beginn der dritten industriellen Revolution, die die erste ist, die nicht mehr menschliche Arbeitskraft verwertbar und profitabel macht, sondern im Gegenteil im großen Umfang menschliche Arbeit einspart, werden immer mehr Menschen aus dem Produktionsprozess ausgestoßen – weil sie zu alt, zu gering oder falsch qualifiziert sind. Nun wäre der Umstand, dass mit weniger Arbeit mehr Güter produziert werden können eigentlich ein Grund zur Freude. Denn logischerweise könnte – wenn nur die Wirtschaft halbwegs vernünftig organisiert wäre – die Arbeitszeit verkürzt oder der Lohn erhöht werden oder beides. Leider ist im Kapitalismus – ob man ihn nun mit Johannes Rau Turbokapitalismus oder soziale Marktwirtschaft nennt – das vollkommen Unlogische vollkommene Realität und zur zweiten Natur geworden, dass die meisten Leute das Vernünftige gar nicht mehr denken können, dass der gesellschaftliche Reichtum wächst und zugleich die private Armut, scheint inzwischen schon ganz normal. Für den vielbesungenen Sozialabbau nun aber die Regierung verantwortlich zu machen, ist wenig sinnvoll. Denn erstens bekommen wir sowieso keine andere – auch nicht, wenn sie demnächst Schröder heißt -, und zweitens kann man der Regierung nicht ernstlich vorwerfen, dass sie keinen Sozialstaat mehr veranstalten will. Denn der war das Ergebnis der Vollbeschäftigung und damit ist es Sense. Wer in der Jugend keine Arbeit hat, kriegt im Alter keine Rente – das ist nun allerdings logisch, und eine Regierung, die daran etwas ändern wollte, müsste das Geld von denen nehmen, die es haben, und auf die Dauer müsste sie ihnen sogar noch ihre Geldquelle nehmen. Das aber wäre eine Revolution, und die Regierung schaffte sich selber ab. Von wem könnte man so was verlangen?

Wer vom Kapitalverwertungsprozess ausgespuckt wird, versuche einmal sich mit 530 Mark Sozialhilfe im Monat als freies Marktsubjekt zu betätigen, und er wird feststellen, dass von der bürgerlichen Freiheit nichts bleibt, wenn man sie nicht bezahlen kann. Das war aber schon immer so. Die Grausamkeiten, die jetzt über uns verhängt werden, sind nichts anderes als der ganz normale Kapitalismus, der nur in der winzigen historischen Phase von 1960 – 1980, als Arbeitskraft so rar war, dass die sogar importiert werden musste, sich ein bisschen spendabel zeigte und sich deshalb stolz „soziale Marktwirtschaft“ nannte.

Nun aber ist uns die große Wende verheißen. Ich fürchte, sie wird nicht kommen. Der Kandidat Schröder jedenfalls weckt wenig Hoffnungen. Er macht keine

Versprechen, und wenn er ausnahmsweise doch eins macht, sagt er gleich dazu, dass er's nicht halten wird. Er will nicht gewählt werden, damit sich etwas ändert – er will gewählt werden, weil er Schröder ist und nicht Kohl. Vielleicht ist die Methode Tony Blairs – man kann auch ohne Programm fröhlich sein – deshalb auch in Deutschland erfolgreich, weil viele Leute so denken wie weiland meine Oma: Letztes mal habe ich Helmut Schmidt gewählt, und es hat nichts gebracht, da wähl ich diesmal doch lieber die SPD.

Der DGB-Vorsitzende Schulte forderte heute „endlich wieder eine aktive Beschäftigungspolitik“. Ein Bundeskanzler Schröder wird ihn enttäuschen müssen, steht doch im Wahlprogramm der SPD der Satz: Für neue kreditfinanzierte Konjunkturprogramme gibt es keinerlei Spielraum.“ – Und wie sonst wohl sollten sie finanziert werden?

„Wer in Berlin klaut, soll in Polen sitzen“, stand vorige Woche auf der Titelseite der größten Berliner Tageszeitung. Au fein, dachte ich, auf diese Weise komme ich auch mal nach Warschau. Gemeint war aber natürlich etwas ganz anderes; nämlich: kriminelle Ausländer raus. Der das forderte, war nicht Klaus Landowsky, ein gefährlicher Rechtsradikaler und Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, der schon mal Menschen mit Ratten verwechselt, sondern der Justizsenator, ein Mitglied der SPD. Eine Woche später sagte der Präsident des sachsen-anhaltinischen Verfassungsschutzes: Wer die Parole Ausländer raus! oder in abgemildeter Form: kriminelle Ausländer raus! verbreite, liefere den sogenannten gewaltbereiten Jugendlichen den Anstoß, den Ausländern, die nicht freiwillig gehen, gewaltsam nachzuhelfen. Er meinte aber nicht seinen Parteifreund von der SPD, sondern die DVU.

Micha Brumlik schrieb letzte Woche in der TAZ, mit dem Wahlerfolg der DVU sei das Gerede der Grünen von der Zivilgesellschaft endgültig ad absurdum geführt worden. Seit vergangenem Sonntag sei unübersehbar, dass wir nicht in der Zivilgesellschaft leben, sondern im Kapitalismus. Das wusste ich eigentlich schon vorher. Trotzdem scheint es mir zweifelhaft, ob man das Phänomen der neuen Nazis nun auch noch dem Kapitalismus in die Schuhe schieben soll. Denn ich kann diese Litanei langsam nicht mehr hören, die auch am letzten Wahlabend wieder von Vertretern fast aller Parteien angestimmt wurde: Die Wähler der DVU seien beileibe keine Nazis, sie seien bloß orientierungslos, ohne Arbeit und Perspektive, man nehme keine Rücksicht auf ihre Mentalität usw.. Man kennt diese Sprüche. Auch die vor sechzig Jahren Hitler nachliefen, seien keine Nazis gewesen, sondern bloß arbeitslos. Ich finde: Wer Nazis wählt, muss sich auch Nazi nennen lassen. Und die miese soziale Lage ist da keine Entschuldigung. Dafür, dass einer Nazis wählt, gibt es nur eine Entschuldigung: Nämlich dumm geboren zu sein und nichts dazu gelernt zu haben.

Die Grünen, die sich rühmen, die 68er-Bewegung in die parlamentarische Demokratie sozialisiert und dabei en passant das postfaschistische Deutschland zivilisiert zu haben, werden dafür endlich auch von den Unternehmern belohnt. „Es gibt eine Neugier bei den Verbänden“, verkündete erleichtert die wirtschaftspolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion. Das führende Wirtschaftsmanagement fürchtet eine rot-grüne Regierung schon lange nicht mehr. Denn die Grünen, sagte ein Sprecher des Deutschen Industrie- und Handelstages, könnten sich zum liberalen Korrektiv der Sozialdemokraten erweisen – als ob die so etwas nötig hätten. In den Programmen der Grünen wimmelt es von „Erschließung neuer Märkte“,

unternehmerfreundlicher Wirkung der Öko-Steuer, Mittelstandsförderung, Informationsbörse für junge Unternehmer, Innovation, Bereitstellung von Wagniskapital etc. Die Grünen sind also, in ihrer Rhetorik und auch sonst – vollkommen Schröder kompatibel. Was letzteren Punkt betrifft, das Wagniskapital: Der Staat hat kein Geld und die Banken werden es sich von keiner Regierung vorschreiben lassen, wem sie Kredite geben und wem nicht. Und für die Freunde der Innovation und der High-Tech habe ich einen guten Tip: Karl Marx, Das Kapital, alle drei Bände gibt es jetzt auch im Internet zum Download. Diese vier Megabite sollten auf keiner Festplatte fehlen.

In Dänemark findet derzeit ein Generalstreik statt – für eine Woche mehr Urlaub. Sowas wäre in Deutschland undenkbar. In Deutschland gab es den letzten Generalstreik vor 75 Jahren, es wäre an der Zeit, dass wieder mal einer stattfände. Leider ist er hier inzwischen verboten. Immerhin, zu meiner Freude lese ich im Aufruf zu dieser Veranstaltung, dass wenigstens in Siegen noch gekämpft wird: Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger gehen auf die Straße, um sich gegen Stellenabbau, die zunehmenden Auflagen für Arbeitsuchende, die Einführung eines Zwangsdienstes und pauschale Kürzungen im Sozialbereich zur Wehr setzen.“

Demnach wäre Siegen das Kleinbonum des sozialen Widerstandes.

Das ist schön. Macht weiter so.